Vortrag von bzw. Gespräch mit Dr. Hamza Al-Mustafa, Informationsminister des syrischen islamistischen Regimes

Göttingen, 07.01.2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) liegen Informationen vor, dass die Akademie der Deutschen Welle den Informationsminister des islamistischen Regimes in Damaskus eingeladen hat, um in Berlin am 14. Januar einen Vortrag in den Räumen der Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaft zu halten bzw. an einer Veranstaltung teilzunehmen.

Wir appellieren an die Deutsche Welle, von diesem Vorhaben Abstand zu nehmen und dem Minister kein Podium zu bieten, auf dem er die islamistische Propaganda eines verbrecherischen Regimes in Damaskus vorzutragen kann.

Sollte die Akademie der Deutschen Welle dennoch die Einladung aufrechtzuhalten, bitten wir sicherzustellen, dass dem Propagandaminister ein angemessener Gegenpol aus der syrischen Zivilgesellschaft gegenübergesetzt wird. Insbesondere Minderheiten, wie Alawiten, Drusen oder Kurden, aber auch sunnitisch-arabische Demokraten müssen dem Minister öffentlich die zahlreichen Verbrechen vorhalten können, die sein Regime täglich begeht.

Wir wissen die Arbeit der Akademie der Deutschen Welle sehr zu schätzen. Die Unterstützung des Mediensektors in Syrien mit dem Ziel, „eine historische Chance zum Aufbau einer freien, professionellen und pluralistischen Medienlandschaft“ zu nutzen, begrüßen und unterstützen wir ausdrücklich.

Das Informationsministerium des islamistischen Regimes in Damaskus und seine nachgeordneten Organe, Stellen und Personen haben diese Chance jedoch bereits verspielt. Sie hetzen täglich gegen Alawiten, Drusen, Kurden und sunnitische Demokraten wie Rami Abdulrahman, den Leiter der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte (SOHR) mit Sitz in Großbritannien.

Das Informationsministerium und seine Medien waren Sprachrohr des Assad-Regimes und dienen nun den radikalen Islamisten. Es hat sich kaum etwas geändert. Es wird weiter offensiv eine menschenverachtende, arabisch-nationalistische, chauvinistische Ideologie gepredigt, für einen streng zentralistischen Staat ohne Mitspracherechte für Minderheiten. Drusen, Alawiten, Kurden oder andere Volksgruppen sollen keine Autonomie über ihre Gebiete bekommen, Sprachen wie Kurdisch oder Aramäisch weiter unterdrückt und diskriminiert werden.

Wie unter Assad propagiert das Informationsministerium, faktisch die rassistische, menschenverachtende Baath-Ideologie. Allerdings mehren sich islamistische Inhalte und Slogans wie „Allahu Akbar“. Frauenrechte und echte Glaubensfreiheit für andere Religionen werden erwartbar verachtet.

Die GfbV wird deutsche Medien, Journalisten und Privatpersonen weiter öffentlich bitten, solche Veranstaltung mit dem syrischen Propagandaminister oder anderen Vertretern des kriminellen Regimes in Damaskus in Zukunft zu boykottieren.

Auch Vertreter der syrischen Zivilgesellschaft müssen daran gemessen werden, wie sie zu Islamismus stehen, zur rassistischen, menschenverachtenden Baath-Ideologie, zum legitimen Recht der Drusen, Alawiten und Kurden, ihre Gebiete selbst zu verwalten, sowie zu Frauenrechten und zur

vollständigen Glaubensfreiheit – einschließlich des Rechts für Muslime, den Islam zu verlassen, ohne verfolgt zu werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Informationsministerium in Damaskus ist ein Ministerium für Propaganda, das einem verbrecherischen Regime angehört. Es besteht mindestens zur Hälfte aus radikalen sunnitischen Islamisten.

Die sogenannte Armee und Polizei des Regimes bestehen zu etwa 75 % aus ehemaligen Mitgliedern des sogenannten „Islamischen Staaten“ (IS) und anderer sunnitisch-islamistischer Milizen. Sie haben seit 2003 schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen, insbesondere gegen Minderheiten wie Yeziden, aber auch gegen christliche Gemeinschaften, Schiiten und Mandäer im Irak und später in Syrien.

Nach der Machtübernahme hat das jetzige syrische Regime zehntausende Alawiten und Drusen getötet, verschleppt oder verletzt. Auch Frauen wurden und werden verschleppt und vergewaltigt. Diese Verbrechen zielen auf die Auslöschung ganzer Gemeinschaften ab und sind als versuchter Völkermord einzustufen.

Das Propagandaministerium und seine Medien rechtfertigen diese Verbrechen und hetzen weiterhin gegen Drusen, Alawiten und Kurden. Insbesondere Drusen und Kurden werden dabei als Agenten des Staates Israel bzw. des Judentums dargestellt. Eine groß angelegte Hetzkampagne ist auch gegen die kurdische Bevölkerung und die Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) im Gange. Damit soll der Boden für neue Kriege, Terror und Gewalt gegen Kurden bereitet werden. Die SDF befindet sich seit Jahren im Krieg gegen den IS, während die jetzigen Machthaber in den Reihen des IS gekämpft, ihnen Zuflucht geboten oder die gleiche Politik und Ideologie vertreten haben.

Dieses Ministerium rechtfertigt die Blockademaßnahmen des neuen Regimes in Damaskus, durch die Zehntausende Drusen im Süden Syriens und Kurden in Aleppo von der Außenwelt abgeschnitten sind. Kaum Lebensmittel, Treibstoff oder Medikamente gelangen in das Drusengebiet oder in die kurdisch bewohnten Stadtviertel in Aleppo.

Ferner lässt dieses Ministerium kaum Spielraum für freie Presse im neuen Syrien. Der Radiosender Arta.fm mit Sitz in Amuda, strahlt in Nordsyrien Sendungen auf Arabisch, Kurdisch, Aramäisch und Armenisch aus, in einem Gebiet, das sich unter SDF-Kontrolle befindet. Vor einem Jahr hat der Sender um Erlaubnis gebeten, auch in Damaskus legal senden zu dürfen. Bis heute hat das Regime die Sendungen für Arta.fm in Damaskus nicht genehmigt. In Damaskus dürfen vor allem Regimemedien arbeiten, sowie Medien aus den arabischen Golfstaaten, die das Regime unterstützen.

Das Ministerium hat außerdem die renommierte Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte im Visier. Durch elektronische Angriffe auf die Webseiten und andere Portale der SOHR wird versucht, die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen in Syrien zu verhindern. Gegen den Leiter der SOHR, Rami Abdurahman, wird persönlich gehetzt. Die GfbV arbeitet seit vielen Jahren mit ihm zusammen, um in Syrien alle Kriegsverbrechen durch alle Kriegsparteien zu dokumentieren.

Die Arbeit des syrischen Informationsministeriums steht im diametralen Widerspruch zur Presse- und Meinungsfreiheit, sowie zu allen Grundsätzen der Völkerverständigung und Toleranz, denen die GfbV und die Deutsche Welle verpflichtet fühlen.

Das sind mehr als genug Gründe, sehr vorsichtig und bedächtig bei jeglicher Form der Kooperation mit dem „Informationsministerium“ in Damaskus und seine obersten Dienstherren umzugehen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Kamal Sido

P. S.: Dieses Schreiben wird öffentlich gemacht und an alle Medien und Politiker in Deutschland sowie im Ausland verschickt. Eine Kopie geht außerdem an Rami Abdulrahman, den Leiter der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte mit Sitz in Großbritannien (SOHR).